



ERGÄNZENDE ERKLÄRUNG ZUM ANTRAG AUF WOHNUNGSGELD

I. Antragsteller/in	
Name:	Vorname:
Anschrift:	
<input type="checkbox"/> Ich habe keinen Ehegatten. Mein(e) Ehegatte(in) (Zutreffendes bitte <input checked="" type="checkbox"/> ankreuzen): <input type="checkbox"/> ist nicht berufstätig. <input type="checkbox"/> übt Heimarbeit aus. <input type="checkbox"/> ist berufstätig. <input type="checkbox"/> hat eigene Einnahmen und eigenes Vermögen. <input type="checkbox"/> ist geringfügig beschäftigt. <input type="checkbox"/> hat keinerlei eigene Einnahmen und eigenes Vermögen. (Falls berufstätig, ist ein Formblatt Verdienstbescheinigung über das Bruttoeinkommen der letzten 12 Monate vorzulegen. Es sind auch steuerfreie Einnahmen und Nebeneinkünfte anzugeben)	
<input type="checkbox"/> Ich erhalte für folgende Kinder Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz: Name des Kindes: _____ Euro: _____ Name des Kindes: _____ Euro: _____ Name des Kindes: _____ Euro: _____ Nachweise über die Höhe des Kindergeldes habe ich beigelegt. <input type="checkbox"/> Ich erhalte kein Kindergeld. <input type="checkbox"/> Ich erhalte Kindergeldzuschläge , welche in der Bruttorente enthalten sind.	
<input type="checkbox"/> Ich erhalte für mich und meine Kinder folgende Unterhaltszahlungen : Ehegattenunterhalt: _____ Euro: _____ Kinderunterhalt für : _____ Euro: _____ Kinderunterhalt für : _____ Euro: _____ Kinderunterhalt für : _____ Euro: _____ <input type="checkbox"/> Ich erhalte keine Unterhaltszahlungen.	
<input type="checkbox"/> Mir entstehen keine Kinderbetreuungskosten. <input type="checkbox"/> Mir entstehen Kinderbetreuungskosten (z. B. Kindergarten, Kindertagesstätte, Kinderhort, Kindergruppe) von mtl. in Höhe _____ € Nachweise (Rechnung/en, aktuelle Kontoauszüge und aktueller Betreuungsvertrag der Einrichtung) liegen bei. <u>Hinweis:</u> Barzahlung mit Quittung wird nicht akzeptiert!	
<input type="checkbox"/> Im vergangenen Kalenderjahr wurden von mir und sämtlichen zu meinem Haushalt rechnenden Familienmitgliedern Zinserträge aus Sparguthaben in folgender Höhe erzielt: _____ € Es werden folgende Sparverträge fällig (Datum, Art der Anlage und Zinserträge eintragen): _____ Einzelnachweise sind beigelegt.	
<input type="checkbox"/> Ich habe einen Bausparvertrag (wenn ja, Jahreskontoauszug liegt bei) <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> Es wurden keine Zinserträge aus Sparguthaben erzielt.	
Besteht ein Verwandtschaftsverhältnis zwischen dem Mieter und dem Vermieter? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Wenn Ja, sind die Haushalte getrennt? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
<input type="checkbox"/> Ich habe keine Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung. <input type="checkbox"/> Ich habe Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung in Höhe von _____ € <input type="checkbox"/> monatlich/ <input type="checkbox"/> jährlich. Nachweise liegen bei.	
Ich bin damit einverstanden, dass zur Verkürzung des Verfahrens die personenbezogenen Daten bis auf Widerruf durch die Wohngeldstelle bei den für die Ermittlung des Wohngelds notwendigen Stellen, z.B. Arbeitsamt, Krankenkasse, Rententräger, Arbeitgeber, Vermieter, sonstigen öffentlichen Stellen und Behörden nachgefragt werden dürfen. <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Dies entbindet mich jedoch nicht von meiner Mitwirkungspflicht nach § 60 Sozialgesetzbuch, Erstes Buch (SGB I). Ich versichere, dass die vorstehenden Angaben richtig und vollständig sind.	
Ort, Datum	Unterschrift des Antragsteller(in)

Datenschutzhinweise zum Wohngeldantrag**aufgrund der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)**

Seit dem 25. Mai 2018 gilt mit der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) ein neuer Rechtsrahmen für den Datenschutz in Deutschland und in der Europäischen Union. Sowohl die neue DS-GVO als auch insbesondere das Zehnte Buch Sozialgesetzbuch (SGB X), die Abgabenordnung (AO), das Wohngeldgesetz (WoGG) und die Wohngeldverordnung (WoGV) enthalten Vorschriften zur Datenverarbeitung und zu Rechten von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern. Daher werden Sie auf Folgendes hingewiesen:

Soweit es für die Durchführung des Wohngeldgesetzes bzw. zur Ermittlung der für das Wohngeld maßgeblichen Verhältnisse im Einzelfall erforderlich ist, werden Ihre Daten manuell bzw. automatisiert verarbeitet (d. h. insbesondere: erhoben, erfasst, geordnet, gespeichert und übermittelt; vgl. Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe c und e und Artikel 4 Nr. 2 DS-GVO, §§ 67a ff. SGB X, § 23 WoGG). Ihre zuständige Wohngeldbehörde ist hierbei „Verantwortliche“ im Sinne des Artikels 4 Nr. 7 DS-GVO.

1. Datenerhebung bei den Haushaltsmitgliedern

Auf Verlangen der Wohngeldbehörde haben alle Haushaltsmitglieder und sonstige Personen, die mit Ihnen den Wohnraum gemeinsam bewohnen, über ihre für das Wohngeld maßgebenden Verhältnisse Auskunft zu geben (§ 23 Abs. 1 WoGG).

Ihre Angaben im Wohngeldantrag sind mit entsprechenden Nachweisen zu belegen. Werden Kontoauszüge vorgelegt, dürfen Verwendungszweck bzw. Empfänger einer Überweisung – nicht aber deren Höhe – geschwärzt werden, wenn es sich um besondere Arten von personenbezogenen Daten im Sinne des Artikel 9 DS-GVO handelt (Angaben über die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen, Gewerkschaftszugehörigkeit, Gesundheit, Sexualleben oder der sexuellen Orientierung).

Es kann ggf. auch zur Datenübermittlung an technische Dienstleister kommen (z. B. im Rahmen technischer Wartung). Diese Dienstleister unterliegen den Anforderungen der Art. 28 und 32 DS-GVO.

Ihre Daten werden an die Staatsoberkasse Bayern übermittelt zur Weiterleitung an Ihr Kreditinstitut, um das Wohngeld an Sie auszahlen zu können.

2. Datenerhebung bei anderen Stellen

Sofern die Haushaltsmitglieder nicht oder nicht vollständig an der Aufklärung des Sachverhalts mitwirken, kann die Wohngeldbehörde auch Auskünfte einholen bzw. Daten erheben

- bei anderen Stellen im Zusammenhang zwischen diesen und den Haushaltsmitgliedern bestehenden Rechtsverhältnissen (z. B. Vermieter/Mietverhältnis, Arbeitseinkommen, Banken und Kreditinstitute) und bei anderen Personen im Hinblick auf möglicherweise gegen diese Personen bestehende Rechtsansprüche bzw. deren Voraussetzungen (z. B. unterhaltsverpflichtete Eltern oder [frühere/getrenntlebende] Ehepartner) nach § 23 WoGG,
- bei anderen Sozialleistungsträgern (z. B. Agentur für Arbeit, Jobcenter, Familienkasse, Unterhaltsvorschussstelle, Ämter für Ausbildungsförderung) nach §§ 3, 69 Abs. 1 Nr. 1 SGB X, inwieweit z. B. andere Sozialleistungen beantragt, bewilligt oder eingestellt wurden oder inwieweit Aussicht auf Bewilligung dieser Leistungen besteht und
- beim Finanzamt zu Einkommens- und Vermögensverhältnissen nach § 21 Abs. 4 SGB X und – insbesondere bei selbständig tätigen Haushaltsmitgliedern – zur Einkommensteuererklärung oder zum bereits ergangenen Einkommensteuerbescheid nach § 31a Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb bzw. Nr. 2 AO.

In Einzelfällen können Ihre Daten auch aufgrund Ihrer Einwilligung verarbeitet werden (vgl. Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a und Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a DS-GVO).

Die Kosten für Auskunftersuchen bei Banken und Kreditinstituten hat die/der Mitwirkungspflichtige der Wohngeldbehörde zu erstatten (vgl. § 23 Abs. 4 Satz 4 WoGG).

3. Manueller bzw. automatisierter Datenabgleich

Zur Vermeidung und Aufdeckung der rechtswidrigen Inanspruchnahme von Wohngeld wird ein regelmäßiger Datenabgleich für alle Haushaltsmitglieder, auch in automatisierter Form, insbesondere mit der Datenstelle der Rentenversicherung durchgeführt (§ 33 Abs. 2 und 5 WoGG in Verbindung mit §§ 16 bis 21 WoGG). Es darf z. B. abgeglichen werden, ob während des Wohngeldbezugs Arbeitslosengeld II gezahlt wird, ob eine versicherungspflichtige oder geringfügige Beschäftigung besteht oder in welcher Höhe Kapitalerträge zufließen, für die ein Freistellungsauftrag erteilt worden ist. Ebenso ist ein Abgleich mit der Meldebehörde zu Meldeanschriften, Wohnungsstatus und Zeitpunkt von Ummeldungen möglich.

Zudem besteht die Möglichkeit eines Kontenabrufs beim Bundeszentralamt für Steuern nach § 93 Abs. 8 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe e AO.

Verdachtsfälle auf Betrug werden grundsätzlich bei der Staatsanwaltschaft angezeigt.

4. Datenverarbeitung im Rahmen der Wohngeldstatistik

Die für die Bearbeitung des Antrages erhobenen Daten werden in anonymisierter Form (d. h. ohne Namen und Anschrift) für die Wohngeldstatistik verwendet. Die Daten dürfen hierfür an das Bayerische Landesamt für Statistik, an das Statistische Bundesamt sowie an das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und an das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung übermittelt werden (§§ 34 bis 36 WoGG).

5. Durchführung von gerichtlichen Verfahren einschließlich Strafverfahren

Zur Durchführung von gerichtlichen Verfahren einschließlich Strafverfahren werden personenbezogene Daten unter den Voraussetzungen der §§ 68, 69 SGB X an die Polizeibehörden, Staatsanwaltschaften und Gerichte übermittelt.

6. Löschung Ihrer personenbezogenen Daten

Personenbezogene Daten werden von der Wohngeldbehörde gelöscht, wenn sie für die Durchführung des Wohngeldgesetzes nicht mehr benötigt werden (vgl. § 33 Abs. 3 Satz 3, Abs. 4 Satz 2 und Abs. 5 Satz 6 und 7, § 35 Abs. 2 Satz 2 WoGG, § 19 Abs. 4 und § 20 WoGG) und rechtliche Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind (vgl. Teil A Nr. 24.01 Wohngeld-Verwaltungsvorschrift: Aufbewahrung längstens zehn Jahre, um z. B. Entscheidungen über rückwirkende Änderungen bzw. bei Rechtswidrigkeit zu ermöglichen, § 27 Abs. 4 Satz 3 und § 33 Abs. 2 Satz 2 WoGG, § 45 Abs. 3 Satz 4 SGB X). Innerhalb der vorstehend genannten Fristen besteht kein Recht auf Löschung nach Art. 17 DS-GVO.

7. Recht auf Auskunft, auf Berichtigung, auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, auf Datenübertragbarkeit und Widerspruch; Widerruf einer Einwilligung; Beschwerde

Wenn Sie eine **Auskunft** zu den zu Ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten wünschen, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Wohngeldbehörde. Sie können auch den Datenschutzbeauftragten zu Rate ziehen. Auf Wunsch wird Ihnen ein Auszug zu den zu Ihrer Person gespeicherten Daten zur Verfügung gestellt.

Wenn Sie feststellen, dass zu Ihrer Person gespeicherte Daten fehlerhaft oder unvollständig sind, können Sie jederzeit die unverzügliche **Berichtigung** oder Vervollständigung dieser Daten verlangen.

Unter den Voraussetzungen des Art. 18 DS-GVO in Verbindung mit § 84 Abs. 3 SGB X können Sie eine **Einschränkung der Verarbeitung** Ihrer Daten verlangen. Dies kommt z. B. dann in Betracht, wenn die Wohngeldbehörde die Daten nicht mehr länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen und eine Löschung der Daten Ihre schutzwürdigen Interessen beeinträchtigen würde.

Im Zusammenhang mit der Wohngeldbearbeitung besteht kein **Recht auf Datenübertragbarkeit** nach Art. 20 DS-GVO, da die Datenverarbeitung im Wohngeld im öffentlichen Interesse liegt (vgl. Art. 21 Abs. 3 DS-GVO). Es besteht auch kein Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten nach Artikel 21 Abs. 1 DS-GVO, da wohngeldrechtliche Vorschriften die Verarbeitung von personenbezogenen Daten vorsehen (vgl. § 84 Abs. 5 SGB X).

Sollten Ihre personenbezogenen Daten aufgrund Ihrer ausdrücklichen **Einwilligung** verarbeitet (d. h. insbesondere erhoben) worden sein, können Sie diese Einwilligung jederzeit nach Art. 7 Abs. 3 DS-GVO widerrufen. Dadurch wird jedoch nicht die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung Ihrer Daten bis zu Ihrem Widerruf berührt.

Sollten Sie mit den Auskünften Ihrer Wohngeldbehörde bzw. mit der von ihr vorgenommenen Verarbeitung personenbezogener Daten nicht einverstanden sein, können Sie sich mit einer **Beschwerde** an die/den Landesdatenschutzbeauftragten als Aufsichtsbehörde wenden.

8. Kontaktdaten/ Adressen**- Verantwortlicher:**

Frau Haas, Tel-Nr. 08221/95-218, E-Mail: m.haas@landkreis-quenzburg.de
Frau Tausend, Tel-Nr. 08221/95-219, E-Mail: d.tausend@landkreis-quenzburg.de

- (behördlicher) Datenschutzbeauftragter:

GKDS Gesellschaft für kommunalen Datenschutz mbH
Herr Rainer Mattern,
E-Mail: rainer.mattern@gkds.bayern.
Tel.: 0172 8794072

- Landesdatenschutzbeauftragter:

Bayerischer Landesbeauftragte für den Datenschutz (BayLfD)
Wagmüllerstr. 18, 80538 München
Tel.: 089/212672-0
E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de